

I. Teil

Bundesgesetz vom 27. November 1984 über die Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren (Gerichtsgesetz – GGG)¹⁾

BGBI 1984/501 idF BGBI 1987/292, 1987/646, 1989/343, 1989/654, 1990/257, 1991/10, 1991/20, 1991/694, 1993/532, 1993/694, 1994/153, 1994/624, 1994/682, 1994/912, 1995/25, 1995/521, 1995/600, 1996/201, 1996/304, I 1997/70, I 1997/114, I 1997/127, I 1997/130, I 1997/140, I 1999/106, I 2000/26, I 2000/135, I 2000/142, I 2001/41, I 2001/131, I 2002/75, I 2003/29, I 2003/112, I 2003/115, I 2004/67, I 2004/128, I 2005/59, I 2005/120, I 2006/8, I 2006/104, II 2006/252, I 2007/24, I 2007/72, I 2008/37, I 2008/68, I 2008/100, I 2009/30, I 2009/52, II 2009/188, I 2009/75, I 2009/137, I 2010/29, I 2010/111, I 2011/53, II 2011/242, I 2011/95, I 2011/112, I 2011/142, II 2011/469, I 2012/35, I 2012/64, I 2013/1, I 2013/15, I 2013/118, I 2013/158, I 2013/190, II 2013/280, I 2014/69, I 2015/19, I 2015/87, I 2015/156 und I 2015/160

Artikel I

A. Allgemeine Bestimmungen

I. Gegenstand der Gebühr und Entstehung der Gebührenpflicht

Gegenstand der Gebühr

§ 1. (1) Den Gerichts-²⁾ und Justizverwaltungsgebühren³⁾⁴⁾ im Sinne dieses Bundesgesetzes unterliegt die Inanspruchnahme der Tätigkeit der Gerichte, Staatsanwaltschaften⁷⁾ und Justizverwaltungsbehörden einschließlich der an diese gerichteten Eingaben⁵⁾ sowie die Führung der öffentlichen Bücher, Urkundensammlungen sowie einsichtsfähigen Register⁷⁾ nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen und des angeschlossenen, einen Bestandteil dieses Bundesgesetzes bildenden Tarifs.⁶⁾ (BGBI I 2013/1, Art 1 Z 1 lit a)

(2) Die Gebühren sind entweder feste Gebühren oder Hundert-(Tausend)satzgebühren. Als feste Gebühren gelten auch die mit einem bestimmten Betrag festgesetzten Pauschalgebühren. Die Gebühren für Abfragen aus öffentlichen Büchern, Urkundensammlungen sowie einsichtsfähigen Registern und anderen IT-Anwendungen aus dem Tarif⁷⁾

sind so zu bemessen, dass sie wenigstens die laufenden Kosten sowie einen angemessenen Zuschlag zu den Wartungs-, Sicherungs- und Weiterentwicklungskosten decken.⁸⁾ (BGBl I 2013/1, Art 1 Z 1 lit b)

Literatur: *Arnold*, Das neue Gerichtsgebührengesetz (unter besonderer Berücksichtigung des streitigen Verfahrens), AnwBl 1985, 3; *Arnold*, Das neue Gerichtsgebührengesetz (unter besonderer Berücksichtigung des außerstreitigen Verfahrens), NZ 1985, 61, 86; *Arnold*, Gebührenrechtliche Überlegungen zur Erweiterten Wertgrenzen-Novelle 1989, AnwBl 1989, 523; *Arnold*, Die GGG-Novelle 1991, AnwBl 1992, 183; *Stabentheiner*, Aktuelles im Gerichtsgebührenrecht, RPfl 2005/2, 36, mit Update in RPfl 2006/1, 90; *Stabentheiner*, Aktuelles im Gerichtsgebührenrecht, RPfl 2006/2, 46; *Stabentheiner*, Aktuelles im Gerichtsgebührenrecht, RPfl 2007/2, 41; *Stabentheiner*, Aktuelles im Gerichtsgebührenrecht, RPfl 2008/1, 79; *Stabentheiner*, Aktuelles im Gerichtsgebührenrecht, RPfl 2008/2, 62.

Bemerkungen zu § 1 GGG:

- 1) NR: GP 16 RV 366 AB 454, 66. BR: 2897 AB 2900, 454.
- 2) Gerichtsgebühren iSd GGG sind die in TP 1 bis 13 a und 15 GGG angeführten Gebühren.
- 3) Die Justizverwaltungsgebühren regelt die TP 14 GGG.
- 4) Die Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren sind ausschließliche Bundesabgaben (§ 7 Z 2 FAG 2008, BGBl I 2007/103).
- 5) Die im GGG vorgesehenen Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren sind für die konkrete Inanspruchnahme der Tätigkeit der Gerichte und Justizverwaltungsbehörden (einschließlich der Behandlung der an diese gerichteten Eingaben) zu entrichten. Da dem Tarif und den dort enthaltenen Anmerkungen Gesetzeskraft zukommen soll, wurde bestimmt, dass der Tarif einen Bestandteil des Gesetzes bildet (RV 366 BlgNR 16. GP).
- 6) Von den in diesem Gesetz vorgesehenen Gebühren sind die **Kosten** zu unterscheiden, die dem Gericht (oder dritten Personen) als Auslagen erwachsen und die durch die Vorschreibungsbehörde vom Zahlungspflichtigen einzubringen sind (§ 1 GEG). Darunter fallen zB die Zeugen- und Sachverständigengebühren, die Einschaltungskosten, die Auslagen für auswärtige Amtshandlungen, die Vollzugsgebühren nach dem Vollzugsgebührengesetz, die Kosten des Strafverfahrens (§ 381 StPO).
- 7) Grundbuch: TP 9 lit 2, Firmenbuch: TP 10 Z IV, Verfahrensautomation Justiz: TP 14 Z 16.
- 8) Nach § 7 **Informationsweiterverwendungsgesetz** (IWG), der auf Art 6 der Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors beruht, ist das Entgelt für die Weiterverwendung von Dokumenten*) auf die durch die Reproduktion, Bereitstellung und Weiterverbreitung verursachten Grenzkosten beschränkt. Davon erlaubt das Gesetz nur drei Ausnahmen (§ 7 Abs 2 IWG), darunter ua für öffentliche Stellen, deren Auftrag das Erzielen von Einnahmen erfordert, um einen wesentlichen Teil ihrer Kosten im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe zu de-

cken, und im Ausnahmefall, bei Dokumenten, für die die betreffende öffentliche Stelle ausreichend Einnahmen erzielen muss, um einen wesentlichen Teil der Kosten im Zusammenhang mit ihrer Erfassung, Erstellung, Reproduktion und Verbreitung zu decken. Diese Anforderungen sind durch Gesetz oder Verordnung oder, bei Fehlen solcher Rechtsvorschriften, im Einklang mit der allgemeinen Verwaltungspraxis festzulegen.

In diesen Ausnahmefällen haben die betreffenden öffentlichen Stellen die Gesamtentgelte nach objektiven, transparenten und nachprüfbaren Kriterien zu berechnen. Diese Kriterien sind durch Gesetz oder Verordnung oder, bei Fehlen solcher Rechtsvorschriften, im Einklang mit der allgemeinen Verwaltungspraxis festzulegen. Die Gesamteinnahmen dieser Stellen aus der Bereitstellung von Dokumenten und der Gestattung ihrer Weiterverwendung in dem entsprechenden Abrechnungszeitraum dürfen die Kosten ihrer Erfassung, Erstellung, Reproduktion und Verbreitung zuzüglich einer angemessenen Gewinnspanne nicht übersteigen. Die Entgelte sind unter Beachtung der für die betreffenden öffentlichen Stellen geltenden Buchführungsgrundsätze zu berechnen (§ 7 Abs 3 IWG).

*) „Weiterverwendung“ ist nach § 4 Z 4 IWG die Nutzung von Dokumenten, die im Besitz öffentlicher Stellen sind, durch natürliche oder juristische Personen für kommerzielle oder nichtkommerzielle Zwecke, die sich von dem ursprünglichen Zweck im Rahmen des öffentlichen Auftrags, für den die Dokumente erstellt wurden, unterscheiden. Der Austausch von Dokumenten zwischen öffentlichen Stellen ausschließlich im Rahmen der Erfüllung ihres öffentlichen Auftrags stellt keine Weiterverwendung dar. Der Begriff „Dokument“ ist als „Daten“ zu verstehen (§ 4 Z 2 IWG: jeder Inhalt unabhängig von der Form des Datenträgers).

Entscheidungen zu § 1 GGG:

E 1. Bei Gerichtsgebühren ist eine **Äquivalenz** im Einzelfall **nicht erforderlich**. VfGH 22. 6. 1988, B 633/87, Slg 11.751 = AnwBl 1989/3245; VfGH 11. 3. 1992, B 1166/91, B 1321/91; VwGH 17. 9. 1992, 91/16/0108, 0126, AnwBl 1993/4395; VwGH 4. 11. 1994, 94/16/0231; VwGH 31. 5. 1995, 95/16/0097, AnwBl 1996/6122; VfGH 10. 6. 2002, B 1976/99; VwGH 18. 9. 2003, 2003/16/0040, ÖStZB 2004/333, 351 = ÖJZ 2005/34 F; VfGH 1. 3. 2007, B 301/06.

E 2. Das **System** der Gerichtsgebühren (insb die §§ 14 und 18 GGG) ist **nicht verfassungswidrig**. VfGH 17. 6. 1996, B 1609/96; VfGH 10. 6. 2002, B 1976/99.

E 3. Auch gegen das **Pauschalgebührensysteem** (Gleichbehandlung von kontradiktorisch gewordenen und durch Versäumungsurteil beendeten Verfahren) bestehen **keine verfassungsrechtlichen Bedenken**. VfGH 27. 11. 2000, B 119/98.

E 4. Für die Gerichtsgebühren besteht **kein Erfordernis** einer **Äquivalenz** für die Inanspruchnahme der Gerichte. Ein tatsächliches Tätigwerden des Gerichts ist nicht Voraussetzung für die Entstehung der Gebührenschuld. VfGH 9. 6. 1997, B 472/97; VwGH 30. 4. 2003, 2000/16/0086, ÖStZB 2003/674, 630 = wobl 2004/71, 288 = immolex 2004/152, 285 = MietSlg LV/2.

E 5. Die Auffassung, der dem Gericht verursachte Arbeitsaufwand sei bei der Gerichtsgebührenpflicht zu berücksichtigen, ist unrichtig. Vielmehr stellen die Gerichtsgebühren Abgaben dar, bei denen im Einzelfall eine **Äquivalenz** der

Amtshandlung **nicht erforderlich** ist. VwGH 2. 7. 1998, 96/16/0105; VwGH 30. 4. 2003, 2000/16/0086, ÖStZB 2003/674, 630 = wobl 2004/71, 288 = immolex 2004/152, 285 = MietSlg LV/2; ua.

E 6. Auch gegen die **Höhe** der Gerichtsgebühren bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken. VfGH 1. 3. 2007, B 301/06.

E 7. Aus dem gemeinschaftlichen Sekundärrecht ergibt sich kein Anhaltspunkt dafür, dass Gerichtsgebühren eine Behinderung des Handels bzw des Kapital- und Zahlungsverkehrs darstellen könnten. VwGH 20. 12. 2007, 2004/16/0138, ÖStZB 2008/435, 539.

E 8. Die Verpflichtung zur Bezahlung von Gerichtsgebühren widerspricht für sich genommen nicht dem **Recht auf Zugang zu einem Gericht**; sie ist jedoch dann unverhältnismäßig, wenn die Gebühren exzessiv hoch sind (ein durchschnittliches Jahresgehalt) und das Gericht einen Antrag auf Befreiung von der Zahlung wegen mangelnden Einkommens ablehnt, ohne die finanzielle Situation entsprechend der Aktenlage zu berücksichtigen. EGMR U 19. 6. 2001, *Kreuz* gegen Polen, 28249/95, NL 2001, 119 = ÖJZ 2002, 693.

E 8a. Die Höhe der Gebühren im Lichte der spezifischen Umstände des Falls, die Fähigkeit des Antragstellers sie zu bezahlen, und das Stadium des Verfahrens, in dem die Gebührenpflicht auferlegt wird, sind Faktoren, die bei der Beurteilung für den Zugang zu einem Gericht wesentlich sind. EGMR U 19. 6. 2001, *Kreuz* gegen Polen, 28249/95, NL 2001, 119 = ÖJZ 2002, 693; 26. 7. 2005, *Podbielski und PPU Polpure* gegen Polen, 39199/98.

E 9. Da das Tätigwerden der Gerichte nicht von der Zahlung der Gerichtsgebühren abhängt, wird dem Kläger der **Zugang zu einem Gericht** nicht verwehrt. Die Möglichkeiten der Gebührenbefreiung nach § 63 Abs 1 ZPO und § 9 Abs 1 und 2 GEG sichern ein ausreichendes Maß an Flexibilität. EGMR U 9. 12. 2010, *Urbanek* gegen Österreich, 35123/05, NL 2010, 361 = ecollex 2011, 272.

E 9a. Der Bf wurde nicht von den für die Erhebung einer **Beschwerde an das Berufungsgericht** vorgesehenen Gebühren aufgrund seiner finanziellen Situation befreit: Verletzung von Art 6 Abs 1 EMRK. EGMR U 15. 9. 2015, *Mogielnicki* gegen Polen, 42689/09, NL 2015, 462.

E 9b. Schadenersatzklage auf 390 Mio HUF (ca. 1,314 Mio Euro) wegen Verletzung von Persönlichkeitsrechten (Ehre, Würde und Reputation) gegen einen Staatsanwalt – Abweisung wegen mangelndem Nachweis des Schadens – Gerichtsgebühren von 1,836.000 HUF (ca 6.000 Euro) für das Verfahren in drei Instanzen (gesetzlich Festsetzung bis zu 4,3 Mio HUF = ca 14.200 Euro möglich): Die Auferlegung einer erheblichen finanziellen Last **nach Beendigung des Prozesses** kann den Zugang zu Gericht einschränken. Eine solche Beschränkung ist nicht vereinbar mit Art 6 EMRK, wenn sie **kein legitimes Ziel** verfolgt oder zu einem solchen in keinem angemessenen Verhältnis steht. Die Funktion von Gerichtsgebühren ist in der Gerichtsverwaltung anerkannt, um die **Gerichtbarkeit zu finanzieren und unseriöse Klagen abzuwehren**. Im konkreten Fall hätte der Kläger mit Hilfe seines Anwalts das Risiko der Tragung von Gerichtsgebühren im Falle eines Prozessverlustes einschätzen und den Streitwert dementsprechend wählen können. Es kann nicht erwartet werden, dass ein Kläger, der absichtlich einen überhöhten Streitwert wählt, von der Zahlung von Ge-

richtsgebühren ausgenommen wird. EGMR U 3. 6. 2014, *McKee* gegen Ungarn, 22840/07.

E 10. Enthalten materiell-rechtliche Vorschriften keine besonderen Anordnungen über den Zeitpunkt ihrer Wirksamkeit, so ist im Bereich des Abgaberechts prinzipiell jene Rechtslage maßgebend, unter deren zeitlicher Geltung der Abgabentatbestand verwirklicht wurde. VwGH 20. 5. 1988, 86/17/0178, ÖStZB 1989, 204; VwGH 20. 4. 1998, 97/17/0414, ÖStZB 1999, 120.

E 11. Es geht nicht an, im Wege der **Analogie** einen vom Gesetzgeber nicht vorgesehenen Ausnahmetatbestand zu begründen. VwGH 3. 9. 1987, 86/16/0050, AnwBl 1988/2765; VwGH 8. 2. 1990, 89/16/0022, AnwBl 1990/3486; VwGH 24. 5. 1991, 90/16/0035, AnwBl 1991/3986; VwGH 13. 5. 2004, 2003/16/0469; VwGH 21. 9. 2005, 2003/16/0510; VwGH 18. 9. 2007, 2007/16/0024, ÖStZB 2008/294, 383; ua.

E 12. Die Gerichtsgebührenpflicht **knüpft an formale äußere Tatbestände an**, um eine möglichst **einfache Handhabung** des Gesetzes zu gewährleisten. VwGH 11. 2. 1988, 87/16/0044; VwGH 10. 3. 1988, 87/16/0055; VwGH 8. 3. 1990, 89/16/0155, AnwBl 1990/3509; VwGH 28. 9. 1998, 98/16/0200, 0201; VwGH 16. 12. 1999, 99/16/0387; VwGH 21. 12. 2000, 2000/16/0352; VwGH 26. 4. 2001, 2000/16/0186; VwGH 24. 4. 2002, 2001/16/0601; VwGH 30. 9. 2004, 2004/16/0124, ÖStZB 2005/274, 354; VwGH 27. 1. 2005, 2004/16/0206; VwGH 24. 2. 2005, 2004/16/0234; VwGH 24. 9. 2009, 2008/16/0051; uva; unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Handhabung durch die Vorschreibungsbehörde VwGH 18. 6. 2002, 2002/16/0152, ÖStZB 2003/179, 161; VwGH 24. 2. 2005, 2004/16/0234; VwGH 21. 9. 2005, 2005/16/0138, ÖStZB 2006/199, 253; ua.

E 13. Das Gerichtsgebührengesetz knüpft bewusst an **formale äußere Tatbestände an**, um eine möglichst einfache Handhabung des Gesetzes zu gewährleisten. Eine **ausdehnende oder einschränkende Auslegung** des Gesetzes, die sich vom Wortlaut insoweit entfernt, als sie über das Fehlen eines Elementes des im Gesetz umschriebenen formalen Tatbestandes, an den die Gebührenpflicht oder die Ausnahme geknüpft ist, hinwegsieht, würde diesem Prinzip nicht gerecht werden. VwGH 10. 3. 1988, 87/16/0106; VwGH 27. 10. 1988, 87/16/0083; VwGH 23. 2. 1989, 88/16/0117, AnwBl 1989/3164; VwGH 20. 4. 1989, 88/16/0215, AnwBl 1989/3198; VwGH 20. 4. 1989, 88/16/0034, AnwBl 1989/3247; VwGH 24. 5. 1991, 90/16/0035, AnwBl 1991/3986; VwGH 31. 10. 1991, 90/16/0175, AnwBl 1992/4119; VwGH 12. 11. 1997, 97/16/0198; VwGH 26. 4. 2001, 2000/16/0771; VwGH 13. 5. 2004, 2003/16/0469; VwGH 21. 9. 2005, 2003/16/0510; VwGH 18. 9. 2007, 2007/16/0024, ÖStZB 2008/294, 383; uva.

E 14. Eine **wirtschaftliche Betrachtungsweise** ist als **Maßstab** für gebührenrechtliche Tatbestände **nicht geeignet**. Für die Gebührenpflicht ist der (formale) rechtliche Gehalt und nicht die wirtschaftliche Auswirkung des gebührenpflichtigen Ereignisses maßgebend. VwGH 16. 11. 2004, 2004/16/0125, 0126, ÖStZB 2005/413, 511; VwGH 29. 4. 2013, 2012/16/0063.

E 15. Die Anknüpfung an **formale äußere Tatbestände** ist **nicht unsachlich**. Auch eine gleichheitswidrige Differenzierung (zB Klagen uä im Hinblick auf Anm 3 zu TP 1 GGG) liegt nicht vor. VwGH 3. 9. 1987, 86/16/0050, AnwBl 1988/2765; zum ersten Satz ebenso VwGH 16. 11. 2004, 2004/16/0125, 0126, ÖStZB 2005/413, 511; VfGH 29. 11. 2007, B 1883/07.

E 16. Die das Gerichtsgebührengesetz und das Gerichtliche Einbringungsgesetz vollziehenden Justizverwaltungsorgane sind **an die Entscheidungen der Gerichte gebunden**. VwGH 18. 4. 1990, 89/16/0021, AnwBl 1991/3634; VwGH 16. 12. 1999, 99/16/0406; VwGH 30. 9. 2004, 2004/16/0124, ÖStZB 2005/274, 354; VwGH 27. 1. 2005, 2004/16/0207, ÖStZB 2005/387, 494; VwGH 23. 11. 2005, 2005/16/0128, ÖStZB 2006/410, 504; VwGH 23. 10. 2008, 2006/16/0143; uva.

E 17. Im Bereich der Auslegung der Vorschriften des GGG kommt aber den erkennenden Gerichtsorganen (zB dem Streitrichter) keine Kompetenz zu. VwGH 23. 10. 2008, 2006/16/0143.

E 18. Das gegen die Vorschreibung einer Gebühr erstattete Vorbringen, die Richterin sei „sehr erstaunt“ gewesen, dass den Gebührenschuldern noch eine weitere Pauschalgebühr auferlegt worden sei, geht ins Leere, weil dem Streitrichter zur Vollziehung des GGG grundsätzlich keine Zuständigkeit zukommt. VwGH 16. 12. 1999, 98/16/0088; ÖStZB 2000/214, 247.

E 19. Die **Anm** zu den einzelnen TP des Gerichtsgebührengesetzes stehen im **Gesetzesrang**. VwGH 11. 6. 1987, 86/16/0153, 0170 bis 0172, AnwBl 1987/2695; VwGH 8. 2. 1990, 89/16/0022, AnwBl 1990/3486 = JBl 1991, 129; VwGH 8. 3. 1990, 89/16/0103, AnwBl 1990/3512; VwGH 18. 10. 2005, 2003/16/0498.

E 20. Die Gerichtsgebühren sind **Abgaben** (und zwar ausschließliche Bundesabgaben). VwGH 31. 5. 1995, 95/16/0087; VwGH 30. 4. 2003, 2000/16/0086, ÖStZB 2003/674, 630 = immolex 2004/152, 285 = MietSlg LV/2; VwGH 26. 6. 2003, 2000/16/0305; VwGH 18. 9. 2003, 2003/16/0040, ÖJZ 2005/34 F.

E 21. Daher ist die Vorschreibung von Gerichtsgebühren **keine** Entscheidung über „**civil rights**“ iSd Art 6 MRK. VwGH 26. 6. 2003, 2000/16/0305; VfGH 1. 3. 2007, B 301/06; VwGH 27. 11. 2008, 2007/16/0153; VwGH 24. 9. 2009, 2008/16/0051, ÖStZB 2010/104, 180; ua.

E 22. Die **Änderung der Praxis der Vorschreibungsbehörde** ist für sich allein nicht geeignet, den Gleichheitsgrundsatz zu verletzen. VfGH 6. 6. 2013, B 224/2013. Das Gerichtsgebührengesetz räumt auch kein den **Grundsatz von Treu und Glauben** berücksichtigendes Ermessen ein. VwGH 14. 7. 2013, 2013/16/0150 (*hier: Änderung der Praxis der Vorschreibungsbehörde, für die Eintragung des Gesellschaftsvertrags einer Personengesellschaft Gebühren vorzuschreiben, durch Nachforderung für Eintragungen der letzten fünf Jahre*).

E 23. Wird eine Bestimmung des Gerichtsgebührengesetzes als **verfassungswidrig aufgehoben**, und hat der VfGH in seinem aufhebenden Erk eine Frist nach Art 140 Abs 5 B-VG gesetzt, so ist das Gesetz auf alle bis zum Ablauf dieser Frist verwirklichten Tatbestände mit Ausnahme des Anlassfalls anzuwenden (vgl auch VwGH 17. 12. 2009, 2009/16/0196). BVwG 17. 6. 2015, W108 2014130-1.

Entstehung der Gebührenpflicht¹⁾²⁾³⁾

§ 2. Der Anspruch des Bundes auf die Gebühr wird, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt wird, begründet:

1. hinsichtlich der Pauschalgebühren

a) für das zivilgerichtliche Verfahren erster Instanz⁴⁾ mit der Überreichung⁵⁾⁶⁾ der Klage, in den in den Anmerkungen 1 und 2 zur Tarifpost 1 angeführten Verfahren mit der Überreichung des Antrags, bei Protokollaranträgen mit dem Beginn der Niederschrift,⁷⁾ für Vergleiche in allen Verfahren mit der Beurkundung durch das Entscheidungsorgan;⁸⁾ (BGBl I 2013/1, Art 1 Z 2 lit a)

b) für das zivilgerichtliche Verfahren, wenn das Klagebegehren erweitert wird,⁹⁾ mit dem Zeitpunkt der Überreichung des Schriftsatzes; wird das Klagebegehren erweitert, ohne daß vorher die Klagerweiterung mit einem Schriftsatz dem Gericht mitgeteilt worden ist, so entsteht eine allfällige zusätzliche Pauschalgebühr mit dem Beginn der Protokollierung;¹⁰⁾

c) für das zivilgerichtliche Verfahren zweiter¹¹⁾ und dritter¹²⁾ Instanz sowie für das Verfahren zur Erlassung einstweiliger Verfügungen zweiter und dritter Instanz in einem und außerhalb eines Zivilprozesses¹³⁾ mit der Überreichung der Rechtsmittelschrift,¹⁴⁾¹⁵⁾ für das sozialgerichtliche Verfahren (Tarifpost 1 Z II) mit der Zustellung der Entscheidung jener Instanz, in der der Dolmetscher gemäß § 75 Abs. 4 ASGG¹⁶⁾ beigezogen wurde, an den Versicherungsträger;¹⁷⁾ (BGBl I 2009/52, Art 9 Z 1 lit a; BGBl I 2010/111, Art 23 Z 1 lit a)

d) [aufgehoben durch BGBl I 2013/1, Art 1 Z 2 lit b, mit Wirkung vom 1. 1. 2013]

e) für das Exekutionsverfahren¹⁸⁾ mit der Überreichung des Exekutionsantrags, für das Verfahren nach § 7 a EO¹⁹⁾ und für Einwendungen nach § 35 Abs. 2 und § 36 Abs. 2 EO in Verfahren außer Streitsachen gegen Exekutionstitel in Unterhaltssachen und Unterhaltsvorschuss-sachen jeweils²⁰⁾ mit der Überreichung des Antrags, bei Protokollaranträgen mit dem Beginn der Niederschrift; (BGBl I 2009/52, Art 9 Z 1 lit b; BGBl I 2014/69, Art 4 Z 1)

f) für das Insolvenz- und Reorganisationsverfahren: (BGBl I 2010/29, Art 3 Z 1)

aa) für das Konkursverfahren vor dem Gerichtshof²¹⁾ mit der Zustellung des in § 4 Abs. 1 GEG angeführten Beschlusses an den Masseverwalter, im Fall der Bestätigung des Sanierungs- oder Zahlungsplans mit der Verkündung dieses Beschlusses oder – bei unterbliebener Verkündung – mit dessen Zustellung an den Masseverwalter, in den Fällen der Zahlungspflicht des Schuldners mit der Zustellung des jeweiligen Beschlusses an diesen;

bb) für das Sanierungsverfahren vor dem Gerichtshof²¹⁾ im Falle der Eigenverwaltung des Schuldners mit der Zustellung des in § 4 Abs. 2 GEG angeführten Beschlusses an den Schuldner, kommt dem Schuldner die Eigenverwaltung nicht zu, mit der Zustellung dieses Beschlusses an den Masseverwalter;

cc) für das Schuldenregulierungsverfahren vor dem Bezirksgericht²²⁾ mit der Zustellung des im § 4 Abs. 1 GEG angeführten Beschlusses

ses an den Masseverwalter, im Fall der Bestätigung des Sanierungs- oder Zahlungsplans mit der Verkündung dieses Beschlusses oder – bei unterbliebener Verkündung – mit dessen Zustellung an den Masseverwalter, in den Fällen der Zahlungspflicht des Schuldners mit der Zustellung des jeweiligen Beschlusses an diesen;

dd) für das Reorganisationsverfahren²³⁾ mit der Zustellung des Aufhebungs- oder Einstellungsbeschlusses an den Schuldner (§§ 12 und 13 URG);

g) für Verfahren vor dem Verlassenschaftsgericht²⁴⁾ mit dem Zeitpunkt der Abgabe der Entscheidung erster Instanz an die Geschäftsstelle zur Ausfertigung; (BGBl I 2006/8, Art 1 Z 1 lit b; BGBl I 2015/87, Art 4 Z 1)

h) für die in der Tarifpost 12 lit. a bis c, f und j angeführten außerstreitigen Verfahren mit der Überreichung der ersten Eingabe, bei Protokollanträgen mit dem Beginn der Niederschrift, bei einer Vereinbarung nach § 55 a Abs. 2 EheG oder einem anderen Vergleich über einen im Verfahren außer Streitsachen geltend zu machenden Anspruch²⁵⁾ mit der Beurkundung des Verhandlungsprotokolls durch den Richter; (BGBl 1991/694, Art I Z 1; BGBl I 2007/24, Art 1 Z 1; BGBl I 2009/52, Art 9 Z 1 lit c; BGBl I 2009/75, Art 8 Z 1; BGBl I 2009/137, Art 3 Z 1 lit a; BGBl I 2013/15, Art 6 Z 1 lit a; BGBl I 2015/19, Art 1 Z 1)

i) für die in der Tarifpost 12 lit. d angeführten außerstreitigen Verfahren mit deren rechtskräftiger Beendigung, im Fall der Tarifpost 12 lit. d Anmerkung 4 mit Beendigung, spätestens ein Jahr nach dem letzten Verfahrensschritt,²⁶⁾ für das in der Tarifpost 12 lit. h Z 2 angeführte Verfahren mit Ablauf von sechs Monaten ab Zustellung des Bestellungsbeschlusses beziehungsweise jeweils nach dem Ablauf der weiteren zwölf Monate;²⁷⁾ für das in der Tarifpost 12 lit. i Z 2 angeführte Verfahren mit Ablauf von fünf Monaten ab Beauftragung der Familiengerichtshilfe beziehungsweise jeweils nach dem Ablauf der weiteren drei Monate;²⁸⁾ (BGBl I 2009/137, Art 3 Z 1 lit b; BGBl I 2013/15, Art 6 Z 1 lit b; BGBl I 2015/19, Art 1 Z 2; BGBl I 2015/156, Art 1 Z 2)

j) für die in der Tarifpost 4 Z II und III, Tarifpost 5 Z II und III, Tarifpost 6 Z II und III, Tarifpost 7 Z II lit. c bis e und Z III lit. c bis e, Tarifpost 12 a sowie Tarifpost 13 lit. d angeführten Rechtsmittelgebühren mit Überreichung der Rechtsmittelschrift;²⁹⁾ (BGBl I 2009/52, Art 9 Z 1 lit d; BGBl I 2015/156, Art 1 Z 3)

k) für die in der Tarifpost 13 a lit. a angeführten Rechtsmittelverfahren zwei Wochen nach dem Einlangen der Rechtsmittelschrift beim Oberlandesgericht Wien; für die in der Tarifpost 13 a lit. b bis d angeführten Rechtsmittelverfahren zwei Wochen nach dem Einlangen der Rechtsmittelschrift beim Rechtsmittelgericht;³⁰⁾ (BGBl I 2013/190, Art 6 Z 1)

2. bei Eingabengebühren³¹⁾ mit der Überreichung der Eingabe, bei Protokollanträgen mit dem Beginn der Niederschrift;

3. bei Pauschalgebühren in Verfahren zur Entscheidung³²⁾

a) über Unterhaltsansprüche nach Tarifpost 7 Z I lit. a und b sowie in Rechtsmittelverfahren gegen solche Entscheidungen nach Tarifpost 7 Z II lit. a und b sowie Z III lit. a und b mit Rechtskraft der verfahrensbeendenden Entscheidung, im Falle eines Unterhaltsvergleichs aber mit der Beurkundung durch das Gericht;³³⁾

b) in Pflugschaftssachen nach Tarifpost 7 Z I lit. c mit der Zustellung der Entscheidung an den gesetzlichen Vertreter; (BGBl I 2015/156, Art 1 Z 4)

4. hinsichtlich der Gebühren für die Eintragung in die öffentlichen Bücher³⁴⁾ oder in das Schiffsregister³⁵⁾ mit der Vornahme der Eintragung; in den Fällen der Selbstberechnung der Grunderwerbsteuer (§ 11 Grunderwerbsteuergesetz 1987) kann der Bundesminister für Justiz nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten mit Verordnung (§ 26 a Abs. 3) festsetzen, dass auch der Anspruch des Bundes auf die Eintragungsgebühr nach Tarifpost 9 lit. b Z 1 zu dem für die Fälligkeit der Grunderwerbsteuer maßgebenden Zeitpunkt begründet wird;³⁶⁾ (BGBl I 2013/1, Art 1 Z 2 lit c; BGBl I 2015/19, Art 1 Z 3)

5. hinsichtlich der Gebühren für die gerichtliche Hinterlegung von Urkunden (§§ 434 bis 437, 451 Abs. 2 ABGB), die pfandweise Beschreibung (§§ 90 bis 95 EO) sowie die Einreihung der Protokollsabschrift über den Zuschlag (§ 183 EO)³⁷⁾ mit der Bewilligung;

6. hinsichtlich der Pauschalgebühren, die in Tarifpost 14 Z 1 angeführt sind, mit der Abgabe der Erledigung des Antrags an die Geschäftsstelle zur Ausfertigung, hinsichtlich der in der Tarifpost 11 lit. c angeführten Amtshandlungen zu den im NTG festgelegten Zeitpunkten; (BGBl I 2001/131, Art 1 Z 1 lit a; BGBl I 2005/59, Art X Z 1; BGBl I 2013/1, Art 1 Z 2 lit d)

7. hinsichtlich der in Tarifpost 14 Z 2, 3, 8 bis 11 und 13 bis 15 sowie Anmerkung 3 zur Tarifpost 14 angeführten Anträge mit deren Überreichung, bei Protokollanträgen mit dem Beginn der Niederschrift; (BGBl I 1997/127, Art IV Z 1; BGBl I 2001/131, Art 1 Z 1 lit b; BGBl I 2003/29, Art V Z 1; BGBl I 2005/59, Art X Z 1; BGBl I 2010/111, Art 23 Z 1 lit b; BGBl I 2012/64, Art 2 Z 1; BGBl I 2013/1, Art 1 Z 2 lit e)

7a. hinsichtlich der in der Tarifpost 14 Z 7 angeführten Pauschalgebühren für die Veröffentlichung in der Insolvenzverwalterliste oder Zwangsverwalterliste bei der Gebühr für die erstmalige Eintragung mit deren Vornahme und bei der Gebühr für die Aufrechterhaltung der Eintragung mit dem Beginn des Verlängerungszeitraums; (BGBl I 2002/75, Art V Z 1; BGBl I 2008/37, Art III Z 1)

7b. hinsichtlich der in Tarifpost 14 Z 3a angeführten Pauschalgebühr für die Zusatzeintragung in die Gerichtssachverständigen- und Gerichtsdolmetscherliste gemäß § 3 a Abs. 5 SDG mit der erstmaligen Inanspruchnahme der Eintragungsmöglichkeit und sodann mit dem Beginn des jeweils folgenden Kalenderjahres; (BGBl I 2003/115, Art II Z 1)

7 c. hinsichtlich der in den Tarifposten 14 Z 6 und 12 angeführten Pauschalgebühren für die Bekanntmachungen in der Ediktsdatei mit der Bekanntmachung; (BGBl I 2009/52, Art 9 Z 1 lit f; BGBl I 2011/53, Art 9 Z 1)

8. bei Abschriften (Kopien, Ablichtungen, Auszüge³⁸) und Ausdrucke³⁹), Amtsbestätigungen (Zeugnissen)⁴⁰) sowie bei Jahresabschlüssen⁴¹) und Schiffsregistrauszügen⁴²) mit deren Bestellung, Veranlassung beziehungsweise Herstellung durch die Partei; (BGBl 1991/10, Art XX Z 1; BGBl I 2006/8, Art 1 Z 1 lit c; BGBl I 2010/111, Art 23 Z 1 lit c)

9. bei allen sonstigen Amtshandlungen und Verfahren mit deren Beginn.

Bemerkungen zu § 2 GGG:

1) Die Bestimmung des § 2 sieht zur Verminderung des administrativen Aufwandes und zur Sicherung des Gebührenaufkommens eine Vorauszahlungspflicht für das zivilgerichtliche Verfahren sowie das Exekutionsverfahren vor. In diesem Sinn geht § 2 davon aus, dass die Pauschalgebühren für diese Verfahren bereits zu Beginn des Verfahrens – mit der Einbringung der ersten Eingabe (bei Protokollaranträgen mit Beginn der Niederschrift) – fällig werden (RV 366 BlgNR 16. GP).

2) Siehe zum Entstehen der Gebührenpflicht im Insolvenzverfahren neben § 2 Z 1 lit f GGG auch § 4 GEG.

3) Über die verschiedenen **Möglichkeiten der Gebührentrichtung** s § 4 GGG.

4) TP 1 GGG.

5) §§ 99, 100 Geo.

6) Bei Nichtentrichtung der Pauschalgebühr sind die Bestimmungen des § 31 GGG (Mehrbetrag, Haftung) anzuwenden.

7) Die Gebühr ist daher auch dann zu entrichten, wenn die Beendigung der Protokollierung unterbleibt, weil zB der Kläger (Antragsteller) während der Protokollierung von der Einbringung der Klage (des Antrags) Abstand nimmt.

8) § 213 ZPO.

9) § 235 ZPO.

10) Wird eine (ohne vorangegangenen Schriftsatz) bloß zu Protokoll gegebene Klagsausdehnung nicht (rechtzeitig) vergewährt, so entsteht kein Mehrbetrag (weil sich § 31 Abs 1 GGG nur auf Gebühren bezieht, die mit der Überreichung einer Eingabe anfallen).

11) TP 2 GGG.

12) TP 3 GGG.

13) Anm 1 a zu TP 2 GGG, Anm 1 a zu TP 3 GGG.

14) §§ 99, 100 Geo.

15) Bei Nichtentrichtung der Pauschalgebühr sind die Bestimmungen des § 31 (Mehrbetrag, Haftung) anzuwenden.

16) § 75 Abs 4 ASGG lautet:

§ 75.